

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Redaktions-Konto: Hannover 57613 Der Abonnementspreis beträgt durch den Daten oder durch die Post bezogen monatlich 80 Mark. — Preis und Geschäftsbedingungen jeder Art werden nicht angenommen. Verantw. für den Inhalt: Carl Schüb, Bochum. Druck: G. Hansmann & Co., Bochum. Telefon-Nummern: 88, 89, 98. Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Wilmshanser Straße 28-42. Telegramm: Wlberband Bochum.

Dolchstöße gegen das Volk in Not.

Das Steuerprogramm des ADGB.

Ohne rücksichtslose Eingriffe in das Vermögen derer, die es verdienen haben, in Kriegs- und Nachkriegszeit sich zu bereichern, kommt Deutschlands Wirtschaft und seine Finanzen nicht in Ordnung, einerlei, wer die Fäden der Regierung führt.

Die Steuerkommission des ADGB, hat in Erkenntnis der Tatsache in einem der Reichsregierung am 18. September überreichten Programm die Forderungen formuliert, die der ADGB auf diesem Gebiet stellt. Ausgehend von der Tatsache, daß ohne Schaffung einer Goldwährung und ohne Eingriffe in die Existenz der Wirtschaft keine Gesundung möglich ist, fordert das Programm unmittelbare Verringerung des Reichs an den Erträgen der Volkswirtschaft und am sonstigen Reichtum.

Alle Unternehmungen, die dem Körperschaftsteuergesetz unterliegen, sollen ihre Kapitalanlage um ein Drittel erhöhen, dieses Drittel ist dem Reich abzutreten, von weiteren Erhöhungen ein Viertel, das Reich soll überall zu einem Viertel unter Berücksichtigung aller Vorzugsrechte entsprechen. Alle Unternehmungen mit mehr als 100 Arbeitern sollen in entsprechende Körperschaften (Aktiengesellschaften usw.) umgewandelt werden. Alle anderen Betriebe sollen durch eine Reichsgewerbesteuer in Höhe von einem Viertel des Nettoertrages gesenkt werden. Auf inländischen Grundbesitz soll von einer bestimmten Größe an eine Grundsteuer, an erster Stelle zugemessen, des Reichs eingetragen werden, die ein Viertel des Wertes betrieft, den der Besitz selbst angibt. Das Reich übernimmt auch ein Viertel der hypothetischen Lasten, wobei es vor Verlusten durch Festsetzung einer Höchstgrenze geschützt wird. Das Reich kann die Festsetzungen im ersten Jahr ohne Warnung mit einem Aufschlag auf den vom Besitzer angegebenen Wert von 20 Prozent übernehmen, in den folgenden neun Jahren soll eine Warnung voraussetzen, die Übernahme erfolgt dann nur, wenn der Besitzer sich weigert, seine Schätzung um mindestens 20 Prozent zu erhöhen.

Das Erbecht der Verwandten dritter und folgender Ordnungen soll aufgehoben werden, das der ersten und zweiten Ordnung (Kinder und Eltern) soll auf 100.000 Goldmark beschränkt, darüber hinaus soll das Reich ein Mitigentum an dem Erbe erhalten.

Steuerlich verlangt das Programm rasche Anpassungsfähigkeit der Steuerbefreiungen, gründliche, zeitgemäße Revision der landwirtschaftlichen Ertragsbesteuerung auf Grundlage der Selbstschätzung. Weitere Forderungen betreffen die automatische Ausweitung der Steuern und der Reform der Steuerverwaltung.

Der Deutschland vor dem Chaos, das deutsche Volk vor dem Verhungern retten will, kann gegen dies Programm nichts einwenden!

Die Gegenvorschläge der Kapitalisten.

Die Debatten über diese Fragen im Schoße der bürgerlichen Reichstagsparteien und der Regierung haben Anfang Oktober zur Sprengung der Reichstagskoalition geführt. Im Augenblick der Niederschrift dieser Zeilen ist die Frage: Reichsgerichtliche Minderheitsregierung oder nicht, noch nicht geklärt. Aber die innerpolitische, innerwirtschaftliche Lage ist gefährlicher als je!

Die bürgerlichen, getrieben von deutschnationalen und Volkspartei über Teilen der Rechten, wollen diktatorisch die sozialen Erwerbslosen der letzten Jahre besitzigen, den Achtstundentag und die Demobilisationsverordnungen zum Schutze der Arbeitnehmerschaft aufheben. Was sie daneben noch versprechen an brutalen Vorgehen gegen Wucher, Spekulation, privater Wohnpöbelherrschaft, ist Karrikatur. Erhaltung der Arbeitskraft der Arbeitenden ist Grundbedingung für die Steigerung der Produktion!

Die Arbeiter wollen arbeiten, wer es nicht will, muß dazu gezwungen werden.

Aber jeder Parast, jeder Faulenzer, jeder Schieber, jeder Bruchbergler an der notwendigen Arbeitspflicht — und es gibt deren Millionen außerhalb des Kreises der Arbeitnehmer — muß zu nützlicher, produktiver Arbeit gezwungen werden!

Die Angriffe auf den Achtstundentag, auf die Siebenstundenschicht der Bergleute gerade jetzt sind ein Verbrechen und eine Missetat. In Tagen und Stunden, wo die blutige Lebensmittel der Hungerbevölkerung wie der des übrigen Deutschland nach Wiedereröffnung des Verkehrs und der Produktion im Ausland schreit, wirt man den Brandbrand des Bürgerkrieges an das Fah, das eine unheimliche Menge Explosionsstoff enthält.

Was soll das Geschrei nach Verlängerung der Arbeitszeit in einem Augenblick, in dem steigende Arbeitslosigkeit jedem einseitigen Volkswirt die größte Sorge machen sollte? Mehrarbeit, Verringerung des Beeklaufs in der Wirtschaft, in dem Behördensystem in Reich, Staat und Gemeinde ist eine Notwendigkeit, der sich auch die Gewerkschaften nicht verschließen. Aber allgemeine Verlängerung der Arbeitszeit ist ein Übel bei der mangelnden Kaufkraft im Volk, bei der Verelendung durch die Unterernährung, bei der Stagnation in unserer Wirtschaft, bei der ständig größer werdenden Arbeitslosigkeit. Der Kohlenbedarf Deutschlands für die nächste Zeit ist noch ganz unübersehbar. Bei einem einigermäßen erträglichen Dollarkurs steht die deutsche Kohle über dem Weltmarktpreis, selbst

nach einem eventuellen Abbau der Kohlensteuer. Das bedeutet steigende Konkurrenz der englischen Kohle in Deutschland selbst. Die Ausnahmeleistung der Industrie in Deutschland außerhalb des Ruhrgebietes ist sehr beschränkt. Vor allen Dingen aber: Bevor das Eisenbahnmuseum im Ruhrgebiet nicht in Ordnung ist (und das dauert bei gutem Willen von beiden Seiten — und bei den Franzosen sehen wir von dieser Eufucht noch nichts — viele Wochen!) ist von einer regelrechten Kohleproduktion im Ruhrbergbau keine Rede.

Was soll da das Geschrei nach der Achtstundenschicht für die Bergleute?

Wenn die Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands etwas übersichtlicher sind, wenn der Bergmann sich wieder mal sattessen kann, dann wird er auch bereit sein, die Frage zu prüfen, ob eine zeitweilige Mehrproduktion durch tariflich getriggerte Heberarbeit notwendig und möglich ist. Wenn ihm die Entscheidung dafür schwer fallen würde, so tragen dafür die Kreise die Verantwortung, die die Forderungen früherer Mehrarbeit dem Volksganzen gegenüber stellen und in ihre Tasche geleitet haben.

Bei Abschluß dieses Artikels scheint es, daß die akute Gefahr einer Minderheitsregierung mit diktatorischem Regiment, Reichstagsauflösung usw. vermieden wird, indem man aus dem Ermächtigungsgesetz, das der Regierung diktatorische Vollmachten gibt, die Frage der Arbeitszeit herauslöst und es auch fonsst so gestaltet, daß die Sozialdemokratie dem Gesetz zustimmen kann, so daß auch die neue Regierung eine nach Art der alten Koalitionsregierung werden könnte. Ueber die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Stunde ein Urteil abzugeben, ist hier nicht der Platz. Wenn aber die Entwicklung der Dinge so verläuft, rechtzeitig sie glatt unsere vorstehend aufgestellte Behauptung, daß die Kampfmaschine der Schwerindustrie ein Verbrechen und eine Unmenschlichkeit war. Damit ist aber die Gefahr für die Arbeiterschaft nicht beseitigt. Was nicht durch verfassungsmäßiges Gesetz gelang, werden diese Kreise durch ihre nützliche Macht durchzuführen versuchen und deshalb lautet die Parole für jeden Gewerkschaftler: **Schaffe Marinbereit!**

Was unsere nächste Sorge betrifft, so ist es die Frage: **Wollen die Besatzungsbehörden einen raschen Wiederaufbau im Ruhrgebiet?**

Was die Bergarbeiter zu dieser raschen Wiederbelebung der Produktion tun können, haben sie getan. Sie haben aber auch von vornherein darauf hingewiesen, daß **Bergarbeit ohne Eisenbahn unmöglich ist.**

Un sich liegt die Sache so: Der passive Widerstand und die Maßnahmen der deutschen Regierung zu seiner Stützung haben die Besatzungsmächte zu einer Reihe von Maßnahmen veranlaßt, welche das Wirtschaftsleben im Ruhrgebiet völlig lahmgelegt haben. Ueber die Berechtigung des einen oder anderen Standpunktes ist hier nicht mehr zu streiten. Wir stellen nur fest: Als die Befreiung erfolgte, wurde uns erklärt, daß die Befreiung gar nicht beabsichtigt, in die Produktion, die Arbeitsverhältnisse einzugreifen, solange arbeitseits keine Schwierigkeiten gemacht würden. Der passive Widerstand ist aufgehoben, die Regierungsverordnungen zurückgezogen. Bergarbeiter und Eisenbahner sind bereit, unter den Verhältnissen, wie sie am 11. Januar bestanden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es sollte deshalb eine glatte Selbstverständlichkeit sein, daß auch die Besatzungsbehörden den Zustand wiederherstellen, der zu Beginn der Befreiung bestand, daß sie alle Fesseln frei geben und die Eisenbahn unter deutscher Leitung und mit deutschem Personal fahren lassen.

Es ist unbefriedigend, daß die Bergarbeit nur bei glatten Eisenbahntrieb klappen kann und daß der Bahnbetrieb in erforderlicher Umfang nur mit dem deutschen Personal zu leisten ist. Es ist weiter Tatsache, daß die Kohlennot und die Ernährungsnot der Ruhrbevölkerung grenzenlos ist. Selbst Zehntausende von Bergarbeitern haben keinen Krümmler Kohle im Keller und noch immer werden auch kleinste Quantitäten Kohle beschlagnahmt. Die Kartoffelnot ist entsetzlich, für vier Millionen Mgkt pro Pfund sind keine Kartoffeln zu haben.

Richt wir haben Hungerrevolten im Ruhrgebiet zu verantworten, die bei Fortdauer dieser Zustände kommen müssen! Wir, die wir auch vor der Befreiung bewiesen haben, daß wir die Wiedergutmachungspflicht anerkennen, die wir auch heute alle Kraft für sie einbringen wollen, richten deshalb vor aller Welt an die Besatzungsbehörden die Anforderung:

Stellt den Zustand vom Beginn der Befreiung wieder her! Nur so könnt ihr Verewicklung und Hungerrevolten fernhalten, nur so könnt ihr die baldige Wiederaufnahme der Reparationsleistungen an Kohle und Holz fördern!

Welchen Erfolg diese unsere Forderung haben wird, wissen wir nicht. Aber ohne Rücksicht darauf appellieren wir an unsere Kameraden im ganzen Reich: **Schließt euch zusammen! Steht auf der Wacht! In Wachen und innen drohen euch Gefahren, wie sie noch niemals an euch herantreten. Stärkt die Organisation durch persönliche Zahlung und schließliche Abfängerung der Beiträge! Jeder Tag kann euch in die ersten Kämpfe um eure nackte Existenz verwickeln. Nur mit einer festen, geschlossenen Organisation seid ihr ihnen gewachsen!**

die Interessen der Arbeiter berücksichtigen, getroffen werden. Fast alle Tarifverträge enthalten seither schon eine Regelung der Heberarbeitenfrage, mit der auch die Arbeitgeber der betreffenden Industrien zufrieden sind.

3. Es ist lächerlich, wenn behauptet wird, die Gewerkschaften hätten für die Notwendigkeiten des praktischen Wirtschaftslebens kein Verständnis oder nicht den Mut, ihnen Rechnung zu tragen. Die Gewerkschaftsführer vertreten vielmehr das Interesse der gesamten Wirtschaft als die Unternehmer, von denen jeder gewöhnlich nur seinen eigenen Betrieb vor Augen hat. Die Arbeitszeit und etwaigen Heberarbeiten können nicht nach den von dem einzelnen Unternehmer behaupteten Bedürfnissen seines Betriebes, sondern nur unter Berücksichtigung der Interessen der gesamten Wirtschaft geregelt werden.

4. Noch lächerlicher ist eine allgemeine Arbeitszeitverlängerung zu fordern und den Gewerkschaften Vorwürfe wegen ihrer Ablehnung dieser Verlängerung zu machen, während Hunderttausende von Arbeitern ohnehin schon arbeitslos auf der Straße liegen oder nur noch bei stark reduzierter Arbeitszeit beschäftigt werden können.

5. Auch bei normalem Beschäftigungsgrad ist eine allgemeine Arbeitszeitverlängerung unnötig. Die Meinung, daß lange Arbeitszeit einen Gewinn für die Produktion bedeutet, ist so veraltet, daß jeder praktische Wirtschaftler sie längst über Bord geworfen hat.

6. Die Gewerkschaften oder ihre Mitglieder können, wenn die Zeiten nicht so ernst wären, sich dem Spas erlauben und allen Arbeitgebern heute oder morgen anbieten, täglich eine oder zwei Stunden länger zu arbeiten. Sie würden die Arbeitgeber damit in die größte Verlegenheit bringen. Denn eine solche Arbeitszeitverlängerung ist nicht nur unnötig, sie wäre sogar praktisch unmöglich. Wer anderes behaupten will, möge es beweisen. Vielleicht erfahren dann unsere Arbeitslosen oder verführte arbeitenden Bauarbeiter, Textilarbeiter, Schuhmacher usw., warum sie jetzt und teilweise schon seit Jahren nicht wenigstens acht Stunden volle Beschäftigung haben können.

7. Auch die Exportfähigkeit der deutschen Industrie ist durchaus nicht von einer Verlängerung der Arbeitszeit abhängig. Selbst wenn in den anderen Ländern der Achtstundentag nicht so streng eingehalten wird wie bei uns, so besteht eben nur das gleiche Verhältnis wie vor dem Kriege, wo auch in fast allen Ländern die Arbeitszeit durchschnittlich länger war als in Deutschland. Jetzt aber kommt als wichtiges Moment für die Exportfähigkeit hinzu, daß die Kohle in Deutschland gegenüber denen im Ausland so niedrig steht, daß eine noch größere Opfer für die Steigerung des Exports, so notwendig diese auch ist, von den deutschen Arbeitern nicht gefordert werden braucht.

8. Diejenigen, welche nach Mehrarbeit der „Arbeitsbienen“ streuen und die Vorwürfe gegen die Gewerkschaften erheben, sind zum Teil dieselben, die jetzt die Betriebe stilllegen oder einschränken und willkürlich die Arbeitslosigkeit vermehren, nur weil das besetzte Reich nunmehr auch von ihnen angemessene Steuern verlangt. Was sagt die öffentliche Meinung zu dieser Art von Steigerung der Produktion? Die verärgerten Gewerkschaften waren die ersten, die nicht nur ihrer Mitglieder wegen, sondern im allgemeinen Interesse unserer Wirtschaft dagegen aufgetreten sind. Wer nicht schon vorher klar gesehen hat, dem muß mindestens dieses Beispiel von Steuerfabrikation auf Kosten der Produktion die Augen darüber geöffnet haben, daß das ganze Gerede von der angeblich einzigen Rettung durch Verlängerung der Arbeitszeit eine äde und langweilige Schunderei ist.

9. Aus diesen Gründen beharren die Gewerkschaften in voller Uebereinstimmung mit der Gesamtheit ihrer Mitglieder auf dem einmütigen Standpunkt: **„Hände weg vom Achtstundentag!“**

Der Segen des Achtstundentages.

Das französische Arbeitsministerium veröffentlicht Angaben über den Einfluß des Achtstundentages auf das Ausmaß der Wohlfahrt der Pariser Arbeiter. Eine in 54 Vorortgemeinden vorgenommene Untersuchung hat eine starke Bevölkerungssteigerung ergeben, die einerseits der Errichtung neuer Fabriktreibe, andererseits aber dem Umstande zugeschrieben wird, daß die Pariser Arbeiter in erhöhtem Maße ihren Wohlstand nach Auswärts verlegen. Die vorgenommene Untersuchung hat ergeben, daß die durch die Einführung des Achtstundentages den Arbeitern entstandene Freizeit diese zur Verlegung ihres Wohlstandes veranlaßt. Dies wird auch durch eine Erhebung über die Zahl der ausgestellten Arbeiter-Fahrkarten bestätigt. Während im Jahre 1918 3.000.171 Karten ausgestellt wurden, betrug die Zahl der ausgestellten Karten im Jahre 1921 5.597.704. Auch diese Veröffentlichung ist somit ein Beweis für den kulturellen Wert des Achtstundentages.

Wer von den deutschen Arbeitern, die zudem seit vielen Jahren unteren ährt sind, die Aufgabe des Achtstundentages (aber im Bergbau die Siebenstundenschicht) verlangt, zeigt damit, daß ihm engstirnige Privatkapitalistische Interessen über das Volkswohl gehen und darf sich nicht wundern, wenn sich die Arbeiterschaft mit allen Mitteln gegen solche Pläne wehrt.

Trotz oder wegen der Siebenstundenschicht!

Folgende bezeichnende Meldung aus London geht durch die deutsche Presse:

Obwohl die englische Kohlenindustrie in den letzten Jahren unter einer schweren Depression zu leiden hatte, hat sie sich in den letzten Monaten wieder glänzend erholt. Die Kohlenförderung hat wieder die des letzten Jahres erreicht. Die Gesamtförderung der letzten zwölf Monate betrug 249.608.864 Tonnen. Das ist die höchste Förderungsleistung seit dem Jahre 1916. Sie beträgt auf den Kopf der Arbeiter 217 Tonnen, die beste Forderung seit Einführung des Siebenstundentages im Bergbau. Wie der Sekretär des Kohlenamtes in seinem Jahresbericht erklärt, ist der befriedigende Faktor in dieser Jahresrechnung die Tatsache, daß der Kohlenexport wesentlich zugenommen hat. Die Preisfestsetzung habe es den Kohlenimporteuren ermöglicht, sich alle Vorkriegsmärkte wieder zu erobern. Seit April dieses Jahres sei England der erste Kohlenlieferant auf dem internationalen Markt.

Ausperrungsgelächte

der mitteldeutschen Grubenherren.

Man muß es den mitteldeutschen Grubenherren lassen: Sie verstehen ihr eifriges Handwerk noch, wenn es gilt, einen Druck auf die Bergarbeiter auszuüben. Sie wollen die gute Konjunktur, die zum großen Teil durch eine maßlose Profitwirtschaft mitterweltliche Wirtschaftskrisis für sich und ihre selbsttätigen Zwecke auszunutzen. So lehnen sie es heute einfach ab, ihren Arbeitern die durch Schiedspruch festgesetzten Löhne zu bezahlen. Ohne die Tariforganisationen in Kenntnis zu setzen, zahlen sie die Löhne, die sie für gut befinden, mit der Behauptung, nicht mehr zahlen zu können. Der Notzettel der Bergarbeiter soll ihnen als Vorwand gegenübe-

Löhne im Bergbau.

Durch Schiedspruch vom Freitag, den 5. Oktober, wurden die Durchschnittslöhne je Schicht ab 8. Oktober wie folgt festgesetzt:

Mitteldeutschland:	255,15
Aachener:	255,15
Randrevier I:	95 %
Randrevier II:	92 %
Randrevier III:	90 %
Bayern: Westkohle:	250.802.160
Eisenkohle:	217.262.268
Drunkkohle:	289.789.140

Die Erhöhung beträgt 62 Prozent. Die Mitteldeutschland und Bayern ist arbeitnehmerseitig die Verbindlichkeitsklärung bezüglich des in der Vorwoche gefällten Schiedspruches beantragt. Zur Nichtstellung sei noch bemerkt, daß es bei der in voriger Nummer dieser Zeitung erfolgten Bekanntgabe der Lohnerhöhungen ab 23. statt ab 24. September heißen muß.

Hände weg vom Achtstundentag!

Ein Vertreter des „Soz. Parlamentsdienstes“ hatte Gelegenheit, den Bundesvorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, über seine Ansicht zu dem Problem „Steigerung der Produktion durch Mehrarbeit“ zu befragen. Leipart sagte u. a. folgendes:

„Seit Jahr und Tag schallt der Ruf nach Mehrarbeit aus den Reihen der Unternehmer und der von ihnen beeinflussten Politiker. Dieser Ruf gilt nicht, wie es richtig wäre, den Arbeitern und Drohnen, sondern den Arbeitsbienen, denen man zumutet, statt acht Stunden täglich zehn Stunden zu arbeiten. Hierauf haben die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter folgendes zu antworten:

1. Es ist eine große und bewährte Wahrheit, wenn behauptet wird, daß vor der Einführung des Achtstundentages die durchschnittliche Arbeitszeit in Deutschland noch 10 Stunden im Tag betragen hätte.
2. Im Notfall sind die Arbeiter noch stets zur Leistung von Heberarbeiten bereit gewesen, sobald entsprechende Vereinbarungen, die

der Regierung zur Erzwingung von Kohlenpreisen auf der Goldbasis dienen. Sie sind die gleichen wie früher geblieben, sie spielen auf die Mahnung der Regierung. Ja, die Direktion der Mansfeld-W.-G. kümmert sich den Teufel um die buchstäbliche Wahrung ihrer 20000 Arbeiter, sie erscheint selbst auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums nicht zu Verhandlungen. Das geradezu rücksichtslose Verhalten der Braunkohlenherren ihren Arbeitern gegenüber hat die Mansfeld-W.-G. nicht ruhen lassen, es diesen gleichzutun. Sie wie die Direktoren des Braunkohlenbergbaues bringen für die Woche vom 17. bis 22. September anstatt der durch Schiedspruch festgelegten 108 Millionen für die Schicht nur 80 Millionen zur Verfügung. Es hat den Anschein, als ob die Herren es auf eine Verweigerung der Bergarbeiter abgesehen haben, als ob ihnen jetzt der Streik als das geeignetste Mittel käme, die lästige Fessel der tariflichen Vereinbarungen abzuschnüren. Sie haben ja bereits angefangen, daß der Tarif gekündigt werden soll. Die Bergarbeiter haben diesen sauberen Plan durchschaut. Die Bergherren glauben ohne Tarife besser und unbeschränkter schalten und walten zu können. Es kommt ihnen in der Hauptsache auf die Verlängerung der Arbeitszeit, auf die Abschaffung des Vornachmittags und der sonstigen Vergünstigungen des Tarifvertrages an. Deshalb provozieren sie mit den Mitteln des Hungers den Streik, weil sie aus den mittelständischen Bergarbeitern eine Arbeiterarmee machen wollen, die kniefällig um Arbeit bettelt. Deshalb ist ihr sehnlichster Wunsch ein schneller Streik mit milden Folgeerscheinungen, um dann um so gründlicher aufräumen zu können.

Und weil die Bergarbeiter nicht so dumm sind, zu streiken, wenn es den Grubendirektoren paßt, will der die Zeit nicht abwarten können Herr Leopold zur Ausföhrung der Mitteldeutschen Bergarbeiter schreiben. Die Herr Leopold meint, sollen die Bergarbeiter ausgepersert werden, weil sie nicht begreifen können, daß es eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist, länger und billiger zu arbeiten. Herr Leopold und sein Stab weiß, daß dieses für die Arbeitgeber fast lohnende Ziel so lange nicht erreicht werden kann, als es starke Arbeiterorganisationen gibt, deshalb das Gassen und Strängen auf Sprengung der Verbände, selbst mit denen eines durch bitteren Hunger provozierten Streiks. Um das Volk voll zu machen, lehnen nimmere die Vertreter des Braunkohlenbergbaues zentrale Verhandlungen, wie sie bisher stattfanden, ab und laden ohne vorherige Verständigung zu bezirklichen Sonderverhandlungen ein. Damit glauben sie am besten und schnellsten zu ihrem Ziele der minderen Entlohnung der Bergarbeiter zu kommen.

Und all das zu einer Zeit, wo der Kohlenbergbau seine Kohlenpreise auf der Goldbasis erhält. Wenn es den Herren, die nach dem Jehnstundentag schreiben, aber Freierschichten einlegen, die soziales Verständnis gegenüber dem einzelnen Bergmann heucheln, der Gesamtheit aber Hungerlöhne zu bieten wagen, geküßelt, eine Ausföhrung vorzunehmen, so sollen sie es nur tun. Der Großkampf, den die Herren gegen die Arbeiterorganisationen führen, hat die Bergarbeiter erleuchtet, hat ihnen klar gezeigt, daß sie wehrlos gemacht werden sollen. Die Bergarbeiter wissen, daß die Grubenherrn durch die Ausföhrung ihre völlige Entschöpfung erzwingen wollen. Das wird sie nun umso mehr anspornen, dafür zu sorgen, daß es keine Betriebe mehr mit Unorganisierten gibt. Das Wehrwerden der Grubenherrn mit der Seele des einzelnen Bergarbeiters muß zerbrechen an der Geschlossenheit der Kameraden. Wenn die Herren auch meinen, der Stempel sei schwerfällig, aber da, wo ihm alles genommen werden soll, was seine bisherigen Rechte waren, wird er sich zur Wehr setzen und sie verteidigen. Deshalb, Bergarbeiter rüßt. Duldet nicht mehr, daß in euren Betrieben Unorganisierte herumlaufen. Duldet nicht, daß ihr Löhne und Tarife mitgenießen laßt von denen, die willige Objekte der Direktoren sind. Seht dem brutalen Verhalten der Grubengewaltigen die Gewalt der Organisation entgegen.

An die Jugend in den Gewerkschaften.

In eine Zeit unerhörter Not sind wir alle hineingeraten; nahezu jeder Arbeiter steht täglich vor der Frage: wozu leben wir morgen? Und doch wissen wir, daß noch nicht der steifste Stand des Unglücks erreicht ist; die täglich zunehmende Arbeitslosigkeit zeigt uns, daß eine noch steigende Verelendung zu erwarten ist.

So trübe auch die Aussichten sind, dürfen wir deswegen doch nicht den Mut verlieren, nicht verzagen. Jetzt gilt es für jeden, wirkliche Solidarität zu üben, zu zeigen, daß die gegenseitige Hilfe die Grundlage ist, auf der die gewerkschaftlichen Organisationen aufgebaut sind. Jede Jugendgruppe, jede Abteilung muß sich all der Kollegen und Kolleginnen annehmen, die infolge Arbeitslosigkeit besonders schlecht dran sind. Es darf nicht vorkommen, daß arbeitslose Jugendkollegen aus Mangel an Mitteln sich z. B. nicht an einer Wanderung beteiligen können. Da muß in den Zusammenkünften Vorlesung getroffen werden, daß die Beiträge für Fahrgehalt usw. von denen, die noch arbeiten, aufgebracht werden. So muß es nicht nur in diesem Falle geschehen; viel mehr als in normalen Zeiten muß die Gruppe unterrichtet sein darüber, wie die persönlichen Verhältnisse der Mitglieder sind, um in Fällen der schlimmsten Not eingreifen zu können.

Wird so gehandelt, dann wird auch in der jetzigen trüben Zeit einem jeden der Wert des Zusammenschlusses stets neu vor Augen geführt; kann der Verband als Ganzes nicht so wirken, wie wir alle wünschen, so muß umso mehr von jedem Einzelnen von Mensch zu Mensch getan werden. Wir sind jetzt eine große Rotgemeinschaft geworden, in der morgen schon der zu den Reimenden gehört, der heute noch geben konnte; das Schicksal eines jeden ist mit dem des anderen verbunden — wir dürfen das nicht vergessen. Nicht nur körperliche Not, Mangel an Nahrung und Kleidung hebröt große Teile unserer Jugend; die Arbeitslosigkeit, die jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen immer besonders stark betrifft, da sie bei Entlassungen stets zuerst dran glauben müssen, bringt noch andere Gefahren mit sich. Wer seine Zukunft schwarz und trostlos vor sich sieht, gerät leicht in jenen Zustand der Gleichgültigkeit, der kein Interesse für Weiterbildung und Höherentwicklung aufkommen läßt. Deshalb kommt es darauf an, die jetzt reichliche freie Zeit vernünftig zu verwenden. Besucht die von den Gemeinden, Gewerkschaften oder anderen Arbeitervereinen veranstalteten Unterrichtskurse, Vorträge und sonstigen Veranstaltungen, die euch einmal wertvolles Wissen für die spätere Zukunft bringen und auch auf der anderen Seite ablenken von den niederdrückenden Gefühlen, die Jammer und Elend im Menschen hervorufen.

Es ist ein Vorrecht der Jugend, auch in der jetzigen trüben Lage nicht zu verzweifeln, sondern aus kommende bessere Tage zu hoffen. Von der in den freien Gewerkschaften organisierten Jugend ist mit Recht zu erwarten, daß sie nicht nur an eine bessere Zukunft glaubt, sondern auch den Willen hat, für ihre Herbeiföhrung zu arbeiten. Voraussetzung dafür ist, daß man sich immer und immer wieder gefaßt werden, das Verhalten der gewerkschaftlichen Organisation. Darum muß es den Jungen einmüßig sein, da Organisationen, wo etwa die Älteren aus Verzweiflung und aus verlorenem Glauben an die Zukunft die Hände in den Schöß legen. Arbeit für die Bewegung, arbeiten an sich selbst und Solidarität über gegenüber allen, denn es muß schließlich jeder als selbst, das sind die Erfordernisse der jetzigen Zeit.

Volkswirtschaftliche Rundschau. Jabezjähren.

Nach den reichsammligen Jabezjähren vom 2. Oktober standen die Großhandelspreise an diesem Tage auf dem 84,5millionenfachen der Friedenspreise, das ist gegenüber dem 26. September mit dem 82,5millionenfachen eine Steigerung um 18,2 Prozent. Von den Hauptgruppen ist zunächst das Preisniveau der Industrieprodukte der Bewegung des Dollars mit einer Steigerung 162,5 auf das 45,5millionenfache unmittelbar gefolgt, während welcher die Lebensmittelpreise (Großhandel) mit einer Steigerung von 99,9 vom Hundert auf das 55millionenfache

in ihrer Anpassungsbewegung zurückblieben. Die Einfuhrwaren sind im gleichen Zeitraum um 148,8 vom Hundert auf das 110-millionenfache und die Inlandswaren um 129,2 v. H. auf das 79,4 millionenfache gestiegen.

Die für den Durchschnitt des Monats September berechnete Großhandelspreisindex ergibt das 28,5millionenfache des Friedensstandes und ist gegenüber dem Durchschnitt August (944041fache) um 2488,8 vom Hundert gestiegen. Die Reichsindex für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung sowie Bekleidung) stellt sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den 1. Oktober auf das 40,4millionenfache gegenüber der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche betrug somit 44,8 vom Hundert (29 millionenfache).

Dabei ist aber nicht zu vergessen, daß die Zahlen schon bei ihrer Veröffentlichung am 3. Okt. überholt waren, weil der Dollarkurs zwischen dem 1. und 3. September um 20 Mill. mehr als 100 millionenfach (sowie wie im Frieden, Satz 2 Mill. = 200 millionenfach) stieg, Wurst 150—200 Mill. = 200 millionenfach (sowie usw.).

Glasfabrikant Stinnes.

Stinnes baut in Karap bei Essen eine Riesenfabrik, in der nach einem amerikanischen Patent Fensterglas im Walzprozeß wie bisher im Flachprozeß hergestellt werden soll. Den Nachteil, den die neue Fabrik gegenüber den bei Quarzsandgruben liegenden tschechoslowakischen Glasfabriken hat, daß sie nämlich kein Rohprodukt mit teurer Fracht heranschaffen muß, scheint Stinnes überwinden zu wollen durch die Vorteile des Patents, besonders aber durch Fortschritte in der Wärmewirtschaft. Auf seinen neben- und liegenden Zechen Matthias I und II ist eine große Anlage für Kohlenerschöpfung nach dem Drehtrommelverfahren im Gange. Dies Verfahren ist praktisch erprobt, liefert einen an Heizwert der Anthrazitkohle gleichkommenden Koks, viel mehr Gas und Zierprodukte als die früheren Verfahren. Ein neuer Gasometer auf dieser Anlage faßt 120000 cbm, während bisher nur 100000 cbm möglich waren. Stinnes macht die neue Verkokungsmethode einer weiten Industrie dienlich, darüber hinaus aber dürfte dieses neue Verfahren in Zukunft in der Wirtschaft Deutschlands eine nicht unbedeutende Rolle spielen.

Internationale Rundschau.

Sieben Wochen Streik im tschechoslowakischen Bergbau.

Der Bergarbeiterstreik in der Tschechoslowakei, an dem die Bergarbeiter aller Stein- und Braunkohlenwerke beteiligt sind, dauerte Anfang Oktober schon sieben Wochen. Er begann am 23. August und umfaßt 110000 Arbeiter, die wie ein Mann in ihrem Kampf stehen gegen die Versuche der Unternehmer, die Löhne erheblich herabzusetzen.

Eine Bergarbeiterkonferenz am 29. September lehnte einen Vermittlungsversuch ab, der von neutraler Seite kam, da auch er noch Lohnherabsetzungen in 2 Stappen von 11—15% vorsah. Der Kampf geht also weiter, die Zentralgewerkschaften Böhmens unterstützen ihn, evtl. greifen die Eisenbahner ein. Da das ganze Wirtschaftsleben infolge des Kohlenmangels zum großen Teile bröckelt, ist die unersöhnliche Haltung der Kohlenbarone unerantwortlich.

Unsere deutschen Kameraden in der Tschechoslowakei und benachbarten Gebieten werden gebeten, ein wachames Auge auf deutsche Kohlentransporte zu haben und, falls solche nach der Tschechoslowakei gehen, der Organisation Mitteilung zu machen.

Im amerikanischen Anthrazitkohlenbergbau.

Ist am 8. September ein neuer Vertrag zustande gekommen, wonach die Arbeit am 19. September wieder aufgenommen werden sollte. Erfolg der Arbeiter war eine hundertprozentige Lohnerhöhung, Einführung des Achtstundentages, Anerkennung der Gewerkschaften, Ausschluß der Unorganisierten aus den Betrieben. Das „Red-top-System“, wie es bisher teilweise bestand, daß nämlich der Arbeitgeber die Gewerkschaftsbeiträge vom Lohn abzog und an die Gewerkschaften abführte, wird nicht beibehalten.

Internationale Berufssekretariate.

Die Zahl der den internationalen Berufssekretariaten angeschlossenen Mitglieder betrug am 31. Dezember 1922 18760370 gegen 20200182 am 31. Dezember 1921. Auf die einzelnen Berufssekretariate verteilt sich die Mitgliederzahl wie folgt:

Sekretariat	Mitgl. 1922 neu	alt. 1921	Sekretariat	Mitgl. 1922 neu	alt. 1921
Bauarbeiter	188280	—	Metzger	44455	1
Bergarbeiter	1146881	2	Metzger	5257211	1
Büroangestellte	113410	—	Bergarbeiter	2128900	—
Handel- und	—	—	Metzger	20125	—
Kontorangestellte	808067	1	Metzger	87182	1
Bildungsarbeiter	273961	—	Post- und Tele-	—	—
Diamantarbeiter	18633	—	graphenangestellte	508700	4
Fabrikarbeiter	1888590	3	Lehrer	185600	—
Handelsreisende	664141	4	Bauarbeiter	178543	2
Küchen- und	34244	—	Bergarbeiter	149319	3
Glaserarbeiter	184327	—	Metzger	180065	4
Metzger	129557	—	Lehrer	1695078	1
Handarbeiter	60457	—	Lehrer	2816494	5
Metzger	174600	—	Handarbeiter	896821	3
Handarbeiter	954458	2	Handarbeiter	—	—
Handarbeiter	345763	—	Handarbeiter	427037	—

31. Dezember 1921. Gesamt 18760370 41

Ein Vergleich dieser von den internationalen Berufssekretariaten gemachten Angaben mit dem Stande vom 31. Dezember 1921 ergibt, daß folgende Berufssekretariate einen Mitgliederzuwachs verzeichnen konnten: Bauarbeiter, Büroangestellte, Diamantarbeiter, Fabrikarbeiter, Handarbeiter, Küchens- und Glaserarbeiter, Lehrere, Metallarbeiter, Metzger, Steinarbeiter, Tabakarbeiter, Textilarbeiter. In neun Berufssekretariaten verblieb die Mitgliederzahl ungefähr gleich, während die übrigen einen Mitgliederverlust hatten. Mit Ausnahme der Gutarbeitervereinigung, aus der im Berichtsjahr vier Organisationen austraten, ist in keiner Berufsinternationale die Zahl der angeschlossenen Organisationen zurückgegangen, so daß der Mitgliederverlust ausschließlich auf den Rückgang in der Mitgliederzahl der angeschlossenen Verbände zurückzuführen ist.

Knappheitsfragen.

Krankentaggelagen und Bedürftigkeitslagen beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund.

Vom 1. Oktober 1923 ab gewährt die Krankentaggel folgende Leistungen: Als Krankentaggel für Unberufstätige und Berufstätige ohne Kinder in der 12. Lohnklasse 128000000 M. täglich, als Kinderaggel 11400000 M. täglich, so daß bei drei Kindern das Höchstentgelt 171000000 M. beträgt. Als Sterbentaggel werden in der 12. Lohnklasse 684000000 M. gezahlt. Der Krankentaggelbeitrag für September betrug 216000000 M. pro Arbeiter für jede Seite, für Oktober steht seine Höhe noch nicht fest.

Als Bedürftigkeitslagen wurden in den Zahlen vom Anfang Oktober gezahlt an Invaliden 84000000 M., an Witwen 255000000 M., für Waisen und sonstige zugerechnete Personen 50000000 M. Diese Bedürftigkeitslagen entsprechen nicht den Beträgen, wie sie wirklich gezahlt werden müßten. Bekanntlich sollen die Bedürftigkeitslagen in Höhe des zweifachen Gehältes der Arbeiterdurchschnittsgehältes, wie es am 25. des Monats vor der Zahlung bestand, gezahlt werden. Da aber zu Ende September die Höhe des Gehältes durch die Inflation nicht bekannt war, konnte auch die volle Zahlung nicht in den ersten Zahlungsterminen erfolgen. Es finden deshalb besondere Zahlungstermine statt, in denen der Rest der Bedürftigkeitszulage gezahlt wird. Da am 25. September der Forderungsschnittslohn 311000000 betrug, so muß

also an einen bedürftigen Invaliden eine Zulage von 622000000 M. gezahlt werden. Ein Invalide muß mithin am zweiten Zahlungstermin noch 282000000 M. nachbezahlt bekommen. Die Nachzahlung für Witwen, Waisen und sonstige zugerechnete Personen wird in demselben Verhältnis erfolgen, wie ihre Zulage zur Zulage der Invaliden steht.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Bonn. Betriebsrat im Siegerland.

Über eine vom besten Licht besetzte Konferenz unseres Verbandes für das Siegerland, die am 18. September stattfand und Referate der Kameraden Becker und Vogelsang entgegennahm, konnten wir leider nicht ausführlich berichten. Wir entziehen deshalb dem Bericht nur die Stelle, die das Vorgehen der Unternehmer gegen die Arbeiterkassen charakterisiert, zur Mahnung für alle Kameraden, mit allen Kräften für die Stärkung der Organisation einzutreten!

Gewerkschaft Wassenberg und Dörnberg, Ramsbeck (W. G. Vagen) hat vom 25. August bis 9. September ihren Betrieb mit 400 Mann Belegschaft ohne Kenntnisgabe an die Betriebsratverwaltung und Demobilisationsbehörde plötzlich stillgelegt. Als der Betriebsrat dem willigt war, wurde zwar der Betrieb ab 10. Sept. wieder aufgenommen, aber der Gesamtbetriebsrat bis zum 20. September das Arbeitsverhältnis gekündigt.

Schließen (Weggen) legte zwei bis drei Festerföhrungen drei Wochen ein. Ab 27. September sollen von 1500 Mann Belegschaft 500 entlassen werden. Trotzdem in Gegenwart der Demobilisationsbehörde vereinbart wurde, daß ohne die Zustimmung der Betriebsratverwaltung keine Kündigungen und Entlassungen (S. 18. Verordnung vom 12. Febr. 1920.) vorgenommen werden dürfen, wurden jetzt schon die Kündigungen ohne Wissen des Betriebsrates ausgesprochen. Ist vielleicht ein bißchen Zufall gefällig, da es eine Woche ohne diesen gegangen ist? Lohntafel im August und zwei Wochen im September fehlten. Warum zögert man mit der Aufstellung? Oder wird die Schupo helfen eingreifen?

Ameise und Utebreitbach legen ihre Betriebe, erstere auf drei Tage und letztere auf eine Woche wegen Schachreparaturen still. Wo ist die Bergbehörde?

Wilhelmine und Eisenherzog haben ebenfalls Kurzarbeit eingeföhrt. Bessere Grube verzögerte die Auszahlung der Kurzarbeiterunterstützung.

Glanzenberg (Ellberg) zahlt anstatt Mittwoch, Freitag nach den vereinbarten Abschlag. Ist dieses ein Lohn oder will man die Belegschaft mit Gewalt zur Verzweiflung treiben?

Neuehard (Weidenau) zahlt nicht die 90% von dem verdienten Lohn und bringt nicht die vollen sozialen Zulagen zur Auszahlung am Abschlagstage. Will man auch hier wieder so ein bißchen Zufall haben? Oder gefällt man sich, wenn man viel Volk zusammenstellen hat?

Georg und Sonne (Morsbach) hat den Untertagebetrieb stillgelegt. Die Firma Fid. Radlinsandgrube, entläßt Betriebsratmitglieder, trotzdem der Schlichtungsausschuß die Entlassungen für nichtig erklärt hat.

Die Kruppischen Gruben lassen nur drei Schichten in der Woche arbeiten. Den Wünschen der Belegschaft wird keine Rechnung getragen. Und so könnte man fortfahren mit den vorgebrachten Beispielen der Belegschaften.

Es bestand unter den Konferenzteilnehmern Uebereinstimmung darüber, daß diese Maßnahmen der Gruben die Belegschaften mit Gewalt zu Handlungen treiben sollen, um ihre Pläne verwirklichen zu können. Einmüßig kam die Meinung zum Ausdruck, daß sich die Belegschaften durch nichts hincurren lassen, um nicht die gemeinsamen Ziele der Arbeiterkassen zu stören. Es erscheint aber auch angebracht und notwendig, daß man auf die Konsequenzen dieses Treibens der Gruben hinweist, da man allzu leicht dazu hincurren, die Schuld den Massen selbst in die Schuhe zu schieben. Nichts könnte gefährlicher sein als ein bißchen Zufall, der sich auf alle Gruben ausbreiten würde, um noch mehr während auf unser Wirtschaftslieben einzumirken. Aber die Arbeiterkassen wird lang genug sein, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, damit das Plündern der Früchte den Unternehmern nicht so leicht gemacht wird und die Maßnahmen der Regierung nicht unterbunden werden. Man weiß ja zu gut, daß mit einer zermürdeten Arbeitermasse alles versucht werden kann, ja man fängt jetzt schon an, den Belegschaften zu erklären, wenn sie mehr leisten würden und länger als 8 Stunden arbeiten wollten, würde voll gearbeitet werden.

Die Arbeiterorganisationen bilden heute eine Macht, mit der nicht nur der Unternehmer, sondern auch die Regierungen zu rechnen haben. Diese Macht des Verbandes immer besser und größer auszubauen war und ist das Ziel der Verbandsmitglieder.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 41. Woche (vom 7. bis 13. Oktober) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

An unsere Verbandsmitglieder!

Die fortschreitende Geldentwertung zwingt uns, bei in Nr. 36 der „Bergarb.-Zg.“ ausgeschriebenen Extrabeitrag auch im Monat Oktober weiter zu erheben. Es werden deshalb dem jeweiligen Stundenlohn 25 Prozent aufgeschlagen und der Betrag dann nach oben oder unten abgerundet. Wir hoffen, daß unsere Mitglieder für die Maßnahmen Verständnis besitzen und in aller Treue dafür sorgen, daß die Beiträge vollständig in der notwendigen Höhe gezahlt werden.

Berner hat der Vorstand beschlossen, daß das Eintrittsgeld vom 1. Oktober ab 30 Millionen Mark beträgt. Jugendliche unter 16 Jahren und Frauen zahlen 15 Millionen Mark Eintrittsgeld.

Das Abonnementsgeld beträgt ab 1. Oktober pro Monat 10 Millionen Mark. Davon bleiben 8 Mill. M. in der Zahlstelle, während 2 Mill. M. an die Hauptkassen abzuführen sind. Der Vorstand.

Wegen Streikbruch sind folgende Mitglieder aus dem Verband ausgeschlossen: Paul Lehmann, Haupt-Nummer 694068; Richard Lehmann, S.-Nr. 694068; Paul Schönebeck, S.-Nr. 798877; Albert Wenz, S.-Nr. 768420; Paul Friedrich, S.-Nr. 822559; Franz Friedrich, S.-Nr. 1202872; Rudolf Friedrich, S.-Nr. 710768; Edward Kuntz, S.-Nr. 1202812; Alfred Kuntz, S.-Nr. 179458; Gerhard Mittag, S.-Nr. 874205; Edward Kuntz, S.-Nr. 1208209; Wilhelm Wied, S.-Nr. 1085894; Friedrich Wiese, S.-Nr. 978489 (sämtliche Mitglieder gehörten der Zahlstelle Finlenherb an).

Abwesenheitsleistungen.

Wegen Streikbruch sind folgende Mitglieder aus dem Verband ausgeschlossen: Der Vertrauensmann Richard Wenz wohnt Wolfenbüttelerstraße Nr. 55. — Freilicht. Der Vertrauensmann Wilhelm Hühnermeier wohnt Freilicht, Nr. Helmstedt. — Gelsenkirchen II. Der Vertrauensmann Friedemann Karpowitsch wohnt Offenerstraße Nr. 108. — Kellinghausen. Der Vertrauensmann Theodor Senel wohnt Kellinghausen, Kudustraße Nr. 23. — Essen. Der Vertrauensmann Gerhard Peters wohnt Lindenstraße Nr. 48 (Stiedlung). — Gelsenkirchen. Der Vertrauensmann Peter Pösch wohnt Neuhofstraße Nr. 8.

Kameraden, agitiert für den Verband!